

## **Haushaltsdebatte 11/12/2017 – Ausschuss IV (2)**

### **Liesa Scholzen (ProDG-Fraktion)**

Sehr geehrter Herr Präsident,

Werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament.

Ich werde fortfahren mit dem Bereich Gesundheitswesen.

Denn Gesundheit ist das höchste Gut und auch wenn die DG im Gesundheitsbereich bei weitem nicht umfassend zuständig ist, haben wir vor allem die Möglichkeit

Präventivmaßnahmen zu ergreifen. Wir haben gesehen welche Herausforderungen im

Bereich der Kinder und Jugendhilfe gemeistert werden müssen und eben gerade der

Gesundheitsbereich ist gefragt, wenn es darum geht Familien integral aufzufangen und zu unterstützen. Das fängt bei den ganz Kleinen an durch die Frühhilfe oder die

Impfkampagnen von Kaleido und geht hin bis zur Unterstützung der Jugendpsychiatrie und den Auffangmöglichkeiten im Uniklinikum.

Die Schwerpunkte der Gesundheitspolitik liegen in der Gesundheitsförderung und

Prävention, Früherkennung von Krebs, der Unterstützung für Hausärzte, Weiterbildungen für Pflegepersonal, und Subventionen in den verschiedensten anderen Bereichen.

Die größten Herausforderungen im Gesundheitsbereich sind wohl die Krankenhauspolitik und der Fachkräftemangel bzw. Ärztemangel. Wir haben vor kurzer Zeit eine Resolution

hier im Hause verabschiedet, um die Zukunft unserer beiden Krankenhausstandorte zu

sichern und beide Häuser fit für die Zukunft zu machen. Die Zusammenarbeit

untereinander sowie mit externen Partnern muss verstärkt werden und die Schaffung von geteilten Diensten muss vorangetrieben werden. Es ist also klar wo es hingehen soll.

Der Fachkräftemangel stellt uns ebenfalls vor große Herausforderungen und das nicht nur im Gesundheitswesen. Die DG ist seit der 6. Staatsreform zuständig für den Impulsefonds, was uns ein wichtiges Mittel zur Unterstützung der Hausärzte an die Hand gibt. Aus diesem Grund sind die Mittel auch beachtlich erhöht worden und eine Reform zur Verbesserung ist angekündigt.

Ein ebenfalls wichtiges Projekt ist die angestrebte Fusion vom SPZ, dem KITZ und der Frühhilfe. Die Fusion der beiden ersten findet bereits zum ersten Januar 2018 statt. Die Konventionen mit dem LIKIV für das KITZ laufen aus und somit werden die Mittel nun durch die DG ausgezahlt. Die Fusion soll die multiprofessionelle Begleitung von Kindern und Jugendlichen verbessern.

Es gibt eindeutig zu viele Dienste und Projekte die durch diesen Programmpunkt finanziert werden, um sie alle aufzuzählen, kurz hinweisen möchte ich allerdings auf den Palliativpflege- und den Psychrieverband. Beide leisten wertvolle Arbeit und der Psychrieverband hat sich für die Schaffung einer Tagesstätte für Menschen mit einer schweren chronischen psychischen Erkrankung ausgesprochen. Die Mittel dafür sind in diesem Haushalt vorgesehen und wir hoffen, dass sich bald ein Träger findet.

Ein anderes Thema, das uns massiv beschäftigt hat und immer noch beschäftigt ist die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung. Schon allein unserer Kleinheit und unserer Muttersprache ist es geschuldet, dass wir uns für eine allumfassende

Gesundheitsversorgung im nahen Ausland anschauen müssen. Es kann niemand hier ernsthaft gegen grenzüberschreitende Gesundheit sein oder sich nicht dafür einsetzen, denn jeder von uns könnte in die Situation kommen, dass bestehende Angebote nicht ausreichen. Aus diesem Grund vermissen wohl alle hier im Raum das IZOM-Ankommen. Mit dem Nachfolger, der Ostbelgienregelung, gibt es nämlich leider weiterhin erhebliche Schwierigkeiten. Um die Situation zu verbessern gilt es, sich jetzt dafür einzusetzen die Umsetzung der Ostbelgienregelung zu verbessern und genau das wird gemacht. Denn eines steht fest, das IZOM wird nicht zurückkommen, das wäre ein leeres Versprechen. Die DG hat leider weder die Befugnis noch die Macht, ein IZOM-Abkommen zu schliessen. Die DG kann das IZOM nicht retten und auch nicht zurückbringen. Das wissen alle, die hier in diesem Saal sitzen ... auch wenn manche das aus Publicity-Gründen nicht zugeben wollen.

Die Regierung der DG tut gut daran, die Krankenkassen in den Verhandlungen zu unterstützen , um die administrativen Hürden der Ostbelgienregelung zu minimieren. Sie kämpft mit dafür, dass bspw. wieder Medikamente in der Ostbelgienregelung berücksichtigt werden und die Übergangslösungen verlängert werden und setzt sich dafür ein, dass Ärzte, Patienten und andere Beteiligte besser informiert werden. Wir unterstützen sie dabei mit allen Kräften und leisten unseren Beitrag dazu, dass auf föderaler Ebene weiter für diese Notwendigkeiten sensibilisiert wird.

Sehr interessant zu erwähnen ist an dieser Stelle ein Projekt der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben, die der Leadpartner ist in einem INTERREG-Projekt betreffend Menschen mit Doppeldiagnose.

Die Dienststelle ist zuständig für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die noch nicht das Pensionsalter erreicht haben und die wegen einer langfristigen dauerhaften körperlichen, seelischen oder geistigen Beeinträchtigung bzw. Sinnesbeeinträchtigung an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft gehindert sein könnten. Eine weitere Zielgruppe sind Senioren und pflegende Angehörige, die Unterstützung benötigen. In Bezug auf Senioren soll vor allem ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben im häuslichen Umfeld gefördert werden. Die Dienststelle verzeichnete im letzten Jahr einen Anstieg von Anfragen, besonders in Bezug auf Unterstützungsmaßnahmen für ältere Personen, um länger zuhause bleiben zu können. Das ist als positiv zu bewerten und verdient Unterstützung. Besonders gespannt sind wir auf das Pilotprojekt "Gesundes Ostbelgien", ein Projekt zur interdisziplinären Behandlung von Menschen mit chronischen Krankheiten. Im Herbst wurde es einer Jury, zur Genehmigung vorgestellt: Können Sie uns etwas zum Stand der Dinge sagen, Herr Minister?

Senioren werden in der DG auf viele Art und Weisen gefördert und unterstützt. Und wenn das Leben im häuslichen Umfeld irgendwann nicht mehr möglich ist, greifen bedarfsgerechte Maßnahmen. So wird weiterhin in Alten- und Pflegewohnheimen investiert, um mehr Plätze zu schaffen. Außerdem werden alternative Wohnformen gefördert. In der Eifel wird ein weiteres Seniorendorfhaus entstehen mit der Interkommunalen VIVIAS als Träger und durch die DG bezuschusst. Außerdem gibt es Subventionen für Modellvorhaben im Bereich der Betreuung älterer Menschen. Jeder von uns kennt bestimmt die "Stundenblume" oder den Josephine-Koch Service "Vergiss mein nicht", die sich älterer Menschen annehmen, sie praktisch unterstützen, z.B. durch Fahrdienste, Abwechslung bieten und vor dem Alleinsein bewahren.

Niemanden alleine lassen ist das Stichwort, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn es gibt zig Organisationen im Sozialbereich die sich durch persönlichen Einsatz, im Einsatz für andere auszeichnen. Ich zähle jetzt nur einige Einrichtungen und Organisationen auf, die hier tätig sind: Das Ephata, die Telefonhilfe, Dabei, Info Integration, VSZ, das Rote Kreuz, die sozialen Treffpunkte, Prisma, und die SOS-Hilfe. Diese werden nicht nur unterstützt, sondern auch weiterentwickelt. So beispielsweise die sozialen Treffpunkte, durch eine Qualitätsreflexion. In der Antwort auf eine aktuelle Frage von Kollegin Jadin hat der Minister bereits angekündigt, dass die Treffpunkte viele Stärken haben, doch Potential zur Weiterentwicklung besteht, auch um den Koordinatoren die Arbeit zu erleichtern. Ich würde noch mal darum bitten dieses Thema ebenfalls im Ausschuss zu diskutieren.

Abschließend möchte ich noch kurz aufmerksam machen auf die innovativen Projekte zur Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und zur Förderung der Integration. Es laufen bereits einige Projekte und 3 weitere wurden eingereicht. Das Projekt "Frauenerzählcafé" beispielsweise bietet Frauen einen Ort, um auszutauschen und Projekte im Bereich der Bildung und der Kultur zu initiieren. Erst vor kurzem hat die Stadt Eupen dieses Projekt ausgezeichnet.

Und dieses Projekt steht auch im Zeichen der Integration und Inklusion von Migranten. Hier werden mittlerweile die Sprach- und Integrationskurse durch die Deutschsprachige Gemeinschaft finanziert, aber darauf möchte ich im Rahmen der nächsten Debatte zum Integrationsdekret eingehen. Es ist allerdings gut zu sehen, dass ein Pilotprojekt zur Begleitung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge durch die SIA mit Unterstützung der DG gestartet wurde, denn gerade diese Kinder hat das System alleine gelassen.

Der Haushalt imOB50 orientiert sich weiterhin den langfristigen Projekten des REK, um Inklusion, Integration und das Zusammenleben zu fördern. Wir freuen uns darüber, dass die Regierung für diesen Bereich bedeutende zusätzliche Finanzmittel vorsieht. In dieser Legislaturperiode wurden die Finanzmittel für den Sozial-, Familien-, Gesundheits- und Seniorenbereich um mehr als 10 Millionen pro Jahr erhöht. Diese Weichenstellung tragen wir aus Überzeugung mit. Das ist der richtige Weg. ProDG wird dem Haushalt zustimmen.